

## Inhalt

10. 6. 2008	Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans X-189 im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, Ortsteil Dahlem	166
24. 6. 2008	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Bergwesen . . . . . 2013-1-5	167
25. 6. 2008	Verordnung über die Veränderungssperre 2-19/17 im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Ortsteil Friedrichshain . . . . .	169
26. 6. 2008	Verordnung über die Aufhebung von Verordnungen auf dem Gebiet amtsgerichtlicher Zuständigkeiten . . . . . 301-6; 301-3; 301-9; 3210-8; 301-7; 301-5; 301-2; 301-4; 211-2; 311-6; 301-8	170
1. 7. 2008	Verordnung über die Festsetzung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 7-20 VE im Bezirk Tempelhof- Schöneberg, Ortsteil Tempelhof . . . . .	171

## Verordnung

### über die Festsetzung des Bebauungsplans X-189 im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, Ortsteil Dahlem

Vom 10. Juni 2008

Auf Grund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316), in Verbindung mit § 6 Abs. 5 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

#### § 1

Der Bebauungsplan X-189 vom 10. Juni 1999 mit Deckblatt vom 8. September 2005 und mit Deckblatt vom 10. Januar 2006 und mit Deckblatt vom 28. August 2006 und mit Deckblatt vom 8. Januar 2007 und mit Deckblatt vom 31. Oktober 2007 für die Grundstücke Flur 8 von Dahlem, Flurstücke 35, 36 und 44, Edwin-Redslob-Straße 1 A/13 B, 4/18 A, 15/27 und 24/26, Otto-Appel-Straße 2/50, 11/27 und 53/73 sowie die Edwin-Redslob-Straße, Teilbereiche der Straße Im Winkel und der Königin-Luise-Straße im Bezirk Steglitz-Zehlendorf, Ortsteil Dahlem, wird festgesetzt.

#### § 2

Die Urschrift des Bebauungsplans kann beim Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin, Abteilung Bauen, Stadtplanung und Naturschutz, Bauordnungsamt – Fachbereich Vermessung –, beglaubigte Abzeichnungen des Bebauungsplans können beim Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin, Abteilung Bauen, Stadtplanung und Naturschutz, Bauordnungsamt – Fachbereiche Stadtplanung und Bau- und Wohnungsaufsicht –, kostenfrei eingesehen werden.

#### § 3

Auf die Vorschriften über

1. die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche (§ 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuchs) und
2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 44 Abs. 4 des Baugesetzbuchs)

wird hingewiesen.

#### § 4

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuchs bezeichnet sind,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
4. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthalten sind,

in den Fällen der Nummern 1 bis 3 innerhalb eines Jahres, in den Fällen der Nummer 4 innerhalb von zwei Jahren seit Verkündung dieser Verordnung gegenüber dem Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in Nummer 1 bis 4 genannten Mängel gemäß § 215 Abs. 1 des Baugesetzbuchs und gemäß § 32 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

#### § 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 10. Juni 2008

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin

Norbert K o p p

Bezirksbürgermeister

Uwe S t ä g l i n

Bezirksstadtrat

**Erste Verordnung  
zur Änderung der Verordnung  
über die Erhebung von Gebühren im Bergwesen**

Vom 24. Juni 2008

Auf Grund des § 6 Abs. 1 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge vom 22. Mai 1957 (GVBl. S. 516), das zuletzt durch Gesetz vom 6. Juli 2006 (GVBl. S. 713) geändert worden ist, wird verordnet:

Artikel I

1. § 1 der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Bergwesen vom 11. Januar 1983 (GVBl. S. 265), zuletzt geändert durch Artikel XXVII des Gesetzes vom 29. Mai 2001 (GVBl. S. 165), erhält folgende Fassung:

„§ 1

Für Amtshandlungen nach dem Bundesberggesetz vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 9. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2833), werden folgende Verwaltungsgebühren erhoben:

	€	
1. Bergbauberechtigungen		
1.1 Entscheidung über die Erteilung einer Erlaubnis (§§ 6, 7, 11 des Bundesberggesetzes)	250 bis 6 000	
1.2 Entscheidung über die Erteilung einer Bewilligung (§§ 6, 8, 12 des Bundesberggesetzes)	1 000 bis 15 000	
1.3 Entscheidung über die Verleihung von Bergwerkseigentum (§§ 6, 9, 13 des Bundesberggesetzes)	1 000 bis 15 000	
1.4 Entscheidung über die Verlängerung einer Erlaubnis, einer Bewilligung oder von Bergwerkseigentum (§ 16 Abs. 4 und 5 des Bundesberggesetzes)	150 bis 8 000	
1.5 Entscheidung über den Widerruf einer Erlaubnis oder einer Bewilligung oder von Bergwerkseigentum (§ 18 des Bundesberggesetzes)	250 bis 1 000	
1.6 Entscheidung über die vollständige oder teilweise Aufhebung einer Erlaubnis, Bewilligung oder über die Aufhebung von Bergwerkseigentum (§§ 19, 20 des Bundesberggesetzes)	100 bis 1 000	
1.7 Entscheidung über die Zustimmung zur Übertragung einer Erlaubnis oder Bewilligung oder zur Beteiligung Dritter (§ 22 Abs. 1 des Bundesberggesetzes)	100 bis 1 000	
1.8 Entscheidung über die Genehmigung der Veräußerung von Bergwerkseigentum und des schuldrechtlichen Vertrages hierüber sowie die Erteilung eines Zeugnisses (§ 23 des Bundesberggesetzes)	200 bis 1 000	
2. Einsichtnahme, Auskunft mit Inanspruchnahme einer Dienstkraft beim Überschreiten einer halben Stunde für die darüber hinausgehende Zeit je angefangene Stunde		
2.1 Einsichtnahme in das Berechtsamsbuch und die Berechtsamskarte (§ 76 Abs. 1 des Bundesberggesetzes)	57,30	
2.2 Schriftliche Auskünfte aus Berechtsamsbuch und den Berechtsamsurkunden, Fertigungen von Ablichtungen (§ 76 Abs. 2 des Bundesberggesetzes)		57,30
2.3 Einsichtnahme in Grubenbilder (§ 63 Abs. 4 des Bundesberggesetzes)		57,30
2.4 Einsichtnahme in Ergebnisse von Messungen (§ 125 Abs. 1 des Bundesberggesetzes) und Auszüge aus den Messunterlagen oder aus der Berechtsamskarte und den sonstigen bergbaulichen Riss- und Kartendarstellungen		57,30
3. Bergwerksbetrieb		
3.1 Zulassung eines Rahmenbetriebsplanes (§§ 51 bis 55 des Bundesberggesetzes)	500 bis 50 000	
3.2 Zulassung des vorzeitigen Beginns (§57b Abs. 1 des Bundesberggesetzes)	500 bis 25 000	
3.3 Aufhebung eines Planfeststellungsbeschlusses (§ 5 des Bundesberggesetzes in Verbindung mit § 77 des Verwaltungsverfahrensgesetzes)	500 bis 5 000	
3.4 Entscheidung über Zulassung eines Hauptbetriebsplans, Sonderbetriebsplans oder Abschlussbetriebsplans (§§ 51 bis 55 des Bundesberggesetzes)	100 bis 7 500	
3.5 Entscheidung über die Befreiung von der Betriebsplanpflicht (§ 51 Abs. 3 Satz 1 des Bundesberggesetzes)	50 bis 500	
3.6 Ergänzung, Änderung, Verlängerung von Betriebsplänen (§ 52 Abs. 4, § 53 Abs. 1 des Bundesberggesetzes)	50 bis 20 000	
3.7 Entscheidung über nachträgliche Aufnahme, Änderung oder Ergänzung von Auflagen im Betriebsplan nach § 56 Abs. 1 Satz 2 des Bundesberggesetzes)	100 bis 2 500	
3.8 Entscheidung über die Genehmigung einer Unterbrechung des Betriebes (§ 52 Abs. 1 Satz 2 des Bundesberggesetzes)	50 bis 500	
3.9 Sonstige Anordnungen oder Untersagungen gemäß § 71 Abs. 1 und 2 des Bundesberggesetzes)	100 bis 2 500	
3.10 Anordnung von Maßnahmen bei der Einstellung des Betriebes (§ 71 Abs. 3 des Bundesberggesetzes)	250 bis 5 000	
3.11 Entscheidung über die Genehmigung, Erlaubnis, Zustimmung, Prüfung, allgemeine Zulassung auf Grund einer Bergverordnung oder über die Bewilligung einer Ausnahme von Vorschriften einer Bergverordnung (§§ 65 bis 68, 176 Abs. 3 des Bundesberggesetzes)	50 bis 5 000	
3.12 Entscheidung über die Verlängerung, Ergänzung oder Änderung einer Entscheidung nach Tarifstelle 3.11	50 bis 2 500	
3.13 Prüfung einer Anzeige eines nicht betriebsplanpflichtigen Betriebes (§ 127 des Bundesberggesetzes)	50 bis 500	

3.14	Entscheidung über die Anerkennung einer Person oder Stelle als Sachverständiger (§ 65 des Bundesberggesetzes)	50 bis	500	4.14	Aufhebung oder Änderung der vorzeitigen Besitzeinweisung oder Fristverlängerung (§ 101 Abs. 1 und 2 des Bundesberggesetzes)	50 bis	500
3.15	Entscheidung über die Einstufung eines Bodenschatzes als grundeigen gemäß § 3 Abs. 4 des Bundesberggesetzes	100 bis	1 000	4.15	Entscheidung über den Antrag auf Festsetzung der Entschädigung oder das Aussprechen der Verpflichtung zur Wiederherstellung (§ 102 Abs. 2 des Bundesberggesetzes)	150 bis	1 500
4.	Grundabtretung			4.16	Entscheidung über die Entschädigung für eine Wertminderung eines Grundstückes (§ 109 Abs. 4 des Bundesberggesetzes)	150 bis	1 500
4.1	Entscheidung über die Ersetzung der Zustimmung des Grundeigentümers (§ 40 des Bundesberggesetzes)	50 bis	750	5.	Markscheiderische Angelegenheiten		
4.2	Entscheidung über den Antrag auf Grundabtretung (§§ 77, 78 des Bundesberggesetzes)	250 bis	10 000	5.1	Entscheidung über die Anerkennung als Markscheider oder über die Anerkennung anderer Personen (§ 13 der Markscheider-Bergverordnung vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2631), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 10. August 1998 (BGBl. I S. 2093))	50 bis	150
4.3	Entscheidung über die Zustimmung zur Abtretung eines bebauten Grundstückes (§ 79 Abs. 3 des Bundesberggesetzes)	150 bis	5 000	5.2	Entscheidung über die Veränderung der Nachtragungs- und Einreichungsfristen (§ 10 Abs. 3 der Markscheider-Bergverordnung)		80
4.4	Entscheidung über die Ergänzungsent-schädigung oder über die Neufestsetzung wiederkehrender Leistungen (§ 89 Abs. 2 und 3 des Bundesberggesetzes)	50 bis	2 500	5.3	Entscheidung über die Bewilligung einer Ausnahme vom Erfordernis des Grubenbildes (§ 12 der Markscheider-Bergverordnung)		80 <sup>4</sup>
4.5	Entscheidung über eine Sicherheit (§ 89 Abs. 4, § 92 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 2 des Bundesberggesetzes)	50 bis	500	2.	Es wird folgender § 2 angefügt:		
4.6	Anordnung der Wiederherstellung des früheren Zustandes (§ 90 Abs. 5 des Bundesberggesetzes)	50 bis	500		„§ 2		
4.7	Entscheidung über den Antrag auf Vorentscheidung (§ 91 des Bundesberggesetzes)	100 bis	2 500		Bei Amtshandlungen, die einen Antrag voraussetzen, sind die bei der Antragstellung geltenden Vorschriften anzuwenden, soweit sie für den Gebührenschuldner günstiger sind. Im Übrigen richtet sich die Gebührenerhebung nach den Vorschriften, die bei Vollendung der Amtshandlung gelten.“		
4.8	Beurkundung der Einigung über die Grundabtretung (§ 92 Abs. 1 Satz 3 des Bundesberggesetzes)	50 bis	500	3.	Der bisherige § 2 wird neuer § 3.		
4.9	Anordnung der vorzeitigen Ausführung der Grundabtretung (§ 92 Abs. 2 Satz 1 des Bundesberggesetzes)	50 bis	500		Artikel II		
4.10	Entscheidung über den Antrag auf Fristverlängerung (§ 95 Abs. 2 des Bundesberggesetzes)	50 bis	500		Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.		
4.11	Entscheidung über den Antrag auf Aufhebung der Grundabtretung (§ 96 des Bundesberggesetzes)	50 bis	500		Berlin, den 24. Juni 2008		
4.12	Entscheidung über den Antrag auf vorzeitige Besitzeinweisung (§ 97 des Bundesberggesetzes)	50 bis	5 000		Der Senat von Berlin		
4.13	Feststellung des Zustandes des Grundstü- ckes (§ 99 des Bundesberggesetzes)	50 bis	500		Klaus W o w e r e i t		Harald W o l f
					Regierender		Senator für Wirtschaft,
					Bürgermeister		Technologie und Frauen

**Verordnung**  
**über die Veränderungssperre 2-19/17 im Bezirk**  
**Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Ortsteil Friedrichshain**

Vom 25. Juni 2008

Auf Grund des § 16 Abs. 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2878) und durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316), in Verbindung mit § 13 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

§ 1

Für das Grundstück Koppenstraße 31–33, Karl-Marx-Allee 72/90, Straße der Pariser Kommune 43 im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Ortsteil Friedrichshain, für welches das Bezirksamt neben anderen Grundstücken die Aufstellung eines Bebauungsplans beschlossen hat, tritt eine Veränderungssperre gemäß § 14 des Baugesetzbuchs ein.

§ 2

Je ein Übersichtsplan mit den Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs der Veränderungssperre liegt zur kostenfreien Einsichtnahme beim Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung, Personal und Gleichstellung, Amt für Stadtplanung, Bauaufsicht und Vermessung, Fachbereich Stadtplanung und Fachbereich Bauaufsicht aus.

§ 3

Auf die Vorschriften über

1. die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche für eingetretene Vermögensnachteile durch die Veränderungssperre (§ 18 Abs. 2 Satz 2 und 3 des Baugesetzbuchs) und
  2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 18 Abs. 3 des Baugesetzbuchs)
- wird hingewiesen.

§ 4

Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs innerhalb von zwei Jahren seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin geltend machen; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach § 32 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist unbeachtlich. Die Beschränkung des Satzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 25. Juni 2008

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

Dr. Franz S c h u l z  
Bezirksbürgermeister

**Verordnung**  
**über die Aufhebung von Verordnungen**  
**auf dem Gebiet amtsgerichtlicher Zuständigkeiten**

Vom 26. Juni 2008

Auf Grund

1. des § 1 des Gesetzes über Rechtsverordnungen im Bereich der Gerichtsbarkeit vom 1. Juli 1960 (BGBl. I S. 481),
2. des § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Binnenschiffahrtssachen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-5, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 7 Abs. 6 des Gesetzes vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 358),
3. des § 105 Abs. 2 und 3 des Urheberrechtsgesetzes vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Artikel 12 Abs. 4 des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2897),
4. des § 2 Abs. 2 der Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840),
5. des § 11 des Gesetzes zur Ausführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien vom 30. Juni 1958 über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelsachen vom 26. Juni 1959 (BGBl. I S. 425), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887),
6. des § 11 des Gesetzes zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 über den Zivilprozeß in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 319-9, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887),
7. des § 8 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 317-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 10a des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840),
8. des § 50 Abs. 1 des Personenstandsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 211-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 13. März 2008 (BGBl. I S. 313),
9. des § 2 Abs. 1 des Transsexuellengesetzes vom 10. September 1980 (BGBl. I S. 1654), zuletzt geändert durch Artikel 3a des Gesetzes vom 20. Juli 2007 (BGBl. I S. 1566),
10. des § 23c des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 21. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3198),
11. des § 38 Abs. 1 des Außenwirtschaftsgesetzes in der Fassung vom 26. Juni 2006 (BGBl. I S. 1386), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Dezember 2007 (BAnz. Nr. 242, 8410),

wird verordnet:

§ 1

Aufhebung von Verordnungen

Die nachfolgenden Verordnungen werden aufgehoben:

1. Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen auf dem Gebiet der ordentlichen Gerichtsbarkeit vom 4. August 1960 (GVBl. S. 823),
2. Verordnung über die Ermächtigung des Senators für Justiz zum Erlass einer Rechtsverordnung gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Binnenschiffahrts- und Rheinschiffahrtssachen vom 17. März 1954 (GVBl. S. 165),
3. Verordnung über die Ermächtigung des Senators für Justiz zur Regelung gerichtlicher Zuständigkeiten nach dem Urheberrechtsgesetz vom 15. November 1965 (GVBl. S. 1711),
4. Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung zur Regelung amtsgerichtlicher Zuständigkeiten nach der Insolvenzordnung vom 27. Januar 1998 (GVBl. S. 12),
5. Verordnung zur Übertragung einer Ermächtigung auf dem Gebiet der Vollstreckbarerklärung ausländischer Schuldtitel in Zivil- und Handelssachen vom 11. Februar 1961 (GVBl. S. 229),
6. Verordnung zur Übertragung einer Ermächtigung auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts vom 15. Juni 1959 (GVBl. S. 738),
7. Verordnung über die Ermächtigung des Senators für Justiz zum Erlass einer Rechtsverordnung gemäß § 8 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen vom 26. Februar 1954 (GVBl. S. 77),
8. Verordnung zur Übertragung einer Ermächtigung auf dem Gebiet des Personenstandsrechts vom 23. Dezember 1957 (GVBl. 1958 S. 2), geändert durch Artikel I der Verordnung vom 14. Juli 1975 (GVBl. S. 1734),
9. Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen nach dem Transsexuellengesetz vom 9. Dezember 1980 (GVBl. S. 2633),
10. Verordnung zur Übertragung der Ermächtigungen nach § 23c des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 15. November 1976 (GVBl. S. 2598),
11. Verordnung über die Ermächtigung des Senators für Justiz zur Regelung gerichtlicher Zuständigkeiten nach dem Außenwirtschaftsgesetz vom 16. September 1961 (GVBl. S. 1332).

§ 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2008 in Kraft.

Berlin, den 26. Juni 2008

Der Senat von Berlin

Klaus Wowereit  
Regierender Bürgermeister

Gisela von der Aue  
Senatorin für Justiz

**Verordnung****über die Festsetzung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 7-20 VE  
im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Ortsteil Tempelhof**

Vom 1. Juli 2008

Auf Grund des § 12 Abs. 1 in Verbindung mit § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316), in Verbindung mit § 6 Abs. 5 und mit § 11 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692), wird verordnet:

## § 1

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan 7-20 VE vom 19. Februar 2007 mit Deckblatt vom 27. April 2007 für das Gelände zwischen Ordensmeisterstraße, der östlichen Grenze der Flurstücke 110/56 und 1333/110, dem Teltowkanal und dem Tempelhofer Damm im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Ortsteil Tempelhof, wird festgesetzt. Er ändert teilweise den durch Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplanes XIII-49-4 zur Verbreiterung des Tempelhofer und Mariendorfer Damms zwischen Burgemeisterstraße und Ullsteinstraße im Bezirk Tempelhof vom 25. Februar 1963 (GVBl. S. 352) festgesetzten Bebauungsplan und den durch Verordnung über die Festsetzung des Landschaftsplans XIII-L-3 Tempelhof-Nord im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Ortsteile Tempelhof und Mariendorf, vom 30. Oktober 2001 (GVBl. S. 578) festgesetzten Landschaftsplan.

## § 2

Die Urschrift des vorhabenbezogenen Bebauungsplans kann beim Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin, Abteilung Bauwesen, Amt für Geoinformation und Vermessung, beglaubigte Abzeichnungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans können beim Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin, Abteilung Bauwesen, Amt für Planen, Genehmigen und Denkmalschutz, Fachbereich Planen und Fachbereich Genehmigen, kostenfrei eingesehen werden.

## § 3

Auf die Vorschriften über

1. die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche (§ 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuchs) und
  2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 44 Abs. 4 des Baugesetzbuchs)
- wird hingewiesen.

## § 4

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften, die in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des Baugesetzbuchs bezeichnet sind,
2. eine nach § 214 Abs. 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
4. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthalten sind,

in den Fällen der Nummern 1 bis 3 innerhalb eines Jahres, in den Fällen der Nummer 4 innerhalb von zwei Jahren seit der Verkündung dieser Verordnung gegenüber dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in Nummer 1 bis 4 genannten Mängel gemäß § 215 Abs. 1 des Baugesetzbuchs und gemäß § 32 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

## § 5

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 1. Juli 2008

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin

B a n d

K r ö m e r

Bezirksbürgermeister

Bezirksstadtrat

**Herausgeber:**

Senatsverwaltung für Justiz,  
Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin

**Redaktion:**

Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin, Fernruf: 90 13 33 80, Telefax: 90 13 20 08

**Verlag und Vertrieb:**

Kulturbuch-Verlag GmbH, Postfach 47 04 49, 12313 Berlin  
Hausadresse: Berlin-Buckow, Sprosserweg 3, 12351 Berlin  
Telefon: 6 61 84 84 oder 6 61 40 02; Telefax: 6 61 78 28  
Internet: <http://www.kulturbuch-verlag.de>  
E-Mail: [kbvinfo@kulturbuch-verlag.de](mailto:kbvinfo@kulturbuch-verlag.de)

**Bezugspreis:**

vierteljährlich 13,30 € einschließlich 7 % Umsatzsteuer  
bei sechswöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende.  
Laufender Bezug und Einzelhefte durch den Verlag.  
Preis dieses Heftes 1,30 € zuzüglich Versandkosten  
(Postbank Berlin, Konto Nr. 87 50 - 109, BLZ 100 100 10)

**Druck:**

H. Heenemann GmbH & Co., Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin